Nr. 27. 11. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3108) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberský in Hamburg.

Dienstag, den 2. Februar 1897.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Arbeiter! Genossen! Haltet den Zuzug nach Hamburg fern!

Hierzu eine Beilage.

An die Geschäftsleute.

In letzter Zeit sind dem unterzeichneten Komite Klagen von Geschäftsleuten zugegangen, daß Streikende in aufdringlicher Weise um Lebensmittel ersuchten. Außerdem sollen einzelne Leute um Bons für Lebensmittel nachgesucht haben, wodurch sich Geschäftsleute belästigt fühlten. Da nun von Seiten des Zentral-Streikkomites Niemand beauftragt ist, bei den Geschäftsleuten um Lebensmittel anzufragen, und den Lohnkommissionen dieses verboten ist, so ersuchen wir die Geschäftsleute, sich bei solchen Nachfragen die Streikkarte vorzeigen zu lassen und dann den Namen, die Nummer der Streikkarte und den Beruf des Fragenden zu notiren, und uns dann die Sache zu melden, damit wir solchen Leuten die Streikkarte entziehen können.

Sollten Geschäftsleute gewillt sein, Lebensmittel an die Streikenden zu verabfolgen, so bitten wir, solches an untenstehender Adresse bekanntzugeben.

Das Zentral-Streikkomite.
Stubbenhuk 32, bei Wasmuth.

Die „bekannten Männer".

Nicht blos wilde Völkerstämme prügeln ihren Fetisch (Götzen) durch, wenn er vermeintlich ihren Feinden hilft im Kriege, die Zivilisirten thun es auch im Klassenkampf. So lange der Gelehrte, der Beamte, der Geistliche in das Horn ihrer Interessen bläst, machen sie ihnen ihre Reverenz und muthen das auch allen Anderen zu und möchten Jedem an den Kragen, der die „Autorität" Jener angreift. So wie aber einmal ein aus der Art geschlagener Professor, Pfarrer, Büreaukrat im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit für die letztere Partei ergreift, dann wird der Fetisch unbarmherzig gepriügelt, wie die Christlich-Sozialen von den Konservativen und dem Stumm, und die „bekannten Männer" von dem Leiborgan des Herzogs von Lauenburg. „Sie (die Bourgeoisie) hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt", sagt das „Kommunistische Manifest". Läßt sich aber ein Pfarrer, ein Gelehrter die kapitalistische Livree nicht gefallen und redet und schreibt und handelt nach Wissen und Gewissen, unbekümmert um Gunst und Groll der herrschenden Klasse, flugs fährt der Knüppel aus dem Sack und tanzt auf dem Rücken des wider den Stachel der Klassenherrschaft Löckenden.

Den Rekord in der Frechheit, Rohheit, Gemeinheit und — Wahnwitzigkeit hat auch hierin wieder das Sprachrohr aus dem Sachsenwalde erreicht. Daher der Name „verkörperte Weltvernunft". Was für Unheil muß bereits die zum Bersten geschwollene Wuth im Oberstübchen dieser Weltvernunft angerichtet haben, wenn ihr Sprachrohr sich nicht schämt, von Kriegsgesetzen zu quasseln. Fürwahr, die Sozialdemokratie hat Schweineglück, wie Herr Gröber sagt, ihr Hauptfeind wird von der Nemesis so grausam heimgesucht, daß selbst die heftigste Rachsucht schier von Gefühlen des Mitleids angewandelt wird!

Gegen den Verdacht, daß wir die bürgerlichen Professoren überschätzen, brauchen wir uns nicht zu verwahren. Aber bei allen ihren Schwächen stehen sie doch durchschnittlich intellektuell und moralisch thurmhoch über jenem Troß raffgieriger Junker und Kapitalisten, deren Köpfe und Herzen von dem unersättlichen Heißhunger nach Millionen und Macht dämonisch besessen sind, dermaßen, daß kein besseres Gefühl, kein höherer Gedanke darin mehr Raum hat. Ist auch das Wort, daß die Wissenschaft adelt, nur in sehr beschränktem Sinne zutreffend, so erhebt sie doch Diejenigen, deren Lebensberuf sie ist, weit über den blaublütigen und goldenen Pöbel, dessen Lakaien in Blättern vom Schlage der „Hamburger Nachrichten" ihr schmutziges Reptilhandwerk verrichten.

Angesichts der Gift- und Kothbomben, womit die „bekannten Männer" von solchem Lakaiengesindel bombardirt werden, wollen wir unsererseits nicht mit der Anerkennung zurückhalten, daß es diesen Männern zur hohen Ehre gereicht, daß sie den Muth gehabt haben, sich offen auf Seite der Arbeiter zu stellen, ohne sich um den Bannstrahl der herrschenden Macht zu kümmern.

Solcher Gesinnungsmuth steht unendlich höher als jener Rowdymuth, der ein Leben, das oft keinen Schuß Pulver werth ist, der Mündung der Pistole Preis giebt, und lächerlicherweise den Anspruch auf „Ehre" darauf begründet, während er Hand in Hand zu gehen pflegt mit verächtlicher Gesinnungsfeigheit. „Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre", nämlich der Muth, die Ueberzeugung, von der man durchdrungen ist, auch offen zu bekennen, ohne Rücksicht auf nachtheilige Folgen.

Und je seltener dieser Muth unter den bürgerlichen Gelehrten angetroffen wird, desto mehr ehrt er Diejenigen, die ihn besitzen und bethätigen.

Ach, er ist sehr selten, dieser Muth. Es ist für uns kein Zweifel, daß Hunderte von Gelehrten ebenso denken wie die „bekannten Männer", aber es hat ihnen der Muth gefehlt, sich denselben offen anzuschließen. Man will eben die Gunst von oben, die Karrière, die Anwartschaft auf Titel und Orden, Einladungen in Hofkreise u. dgl. nicht verscherzen.

Es ist für uns auch gar kein Zweifel, daß zahlreiche bürgerliche Gelehrte innerlich sozialistisch gesinnt und die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der kapitalistische Klassenstaat für den Abbruch reif und die sozialistische Gesellschaft der einzige Ausweg aus der heutigen Misère ist. Aber sie verbergen diese Ueberzeugung sorgfältig unter dem Mantel der Klugheit und Manche gehen zum Ueberfluß noch unter die Marxtödter, um ihre sozialpolitische Orthodoxie recht auffällig zur Schau zu tragen und ihre Gesinnung nicht zu verrathen. Manchmal freilich könnte man glauben, sie wollten damit Propaganda für den Marxismus machen; denn die Argumente, die sie gegen ihn in's Feld führen, sind so oberfaul, daß jede höhere Tochter am Stickrahmen sie widerlegen kann. (Wie es ja auch Advokaten geben soll, die die Sache ihrer Klienten mit so schlechten Gründen vertreten — weil sie nämlich von der Gegenpartei geschmiert sind — daß sie den Prozeß unfehlbar verlieren müssen.) Ein wahres Kabinetstück dieser Art ist ein neuester Schmöker des Leipziger Privatdozenten Dr. Karl Walcker: „Karl Marx, gemeinverständlich-kritische Darlegung seines Lebens und seiner Lehren". Genosse Kautsky hat im 18. Heft der „Neuen Zeit" diesen akademischen Marsyas auf's Ergötzlichste geschunden.

Wohl nicht der Breslauer Professor Werner Sombart allein hat begriffen, was in seiner neuesten Schrift „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert" gesagt ist: „Wie der Sturzbach im Gebirge, wenn es gewittert hat, in die Tiefen stürzen muß, so muß sich der Strom der sozialen Bewegung ergießen. Das vor Allem gilt es zu begreifen, daß sich hier etwas Großes, etwas historisch Bedeutsames vor unseren Augen abspielt; zu erkennen, daß wir Alle, mit Allem, was hier geschieht und gestrebt wird, in der Mitte eines jener großen Lebensprozesse der Weltgeschichte stehen, die mit ihrer elementaren Gewalt die menschlichen Dinge und auch die Staaten erfassen, und bei denen es ebenso verkehrt ist, sie in kurzsichtiger Beschränktheit zu negiren, als sie mit zuletzt ohnmächtigen Mitteln bekämpfen zu wollen. Es giebt wahrhaftig immer noch Leute, die glauben, die soziale Bewegung sei das boshaft ausgeklügelte Werk einiger Agitatoren ꝛc., Leute, die dann natürlich zu dem Wahne gedrängt werden, daß irgend welche Heil- oder Zaubermittel dieses verderbliche Gift wieder aus dem sozialen Körper beseitigen könnten. Welch' eine Verblendung! Welcher Mangel an Verständniß und Einsicht in das Wesen aller sozialen Geschichte."

Beiläufig: Wir empfehlen diese Schrift Sombarts angelegentlichst der Beachtung der „Hamburger Nachrichten" und ihres Hintermannes; sie wird ihr reichlichen Stoff zu Wuthausbrüchen geben, der für die ganze Karnevalszeit ausreichen dürfte.

Von der Weltbühne.

Ueber den staatsrechtlichen Konflikt, der zwischen der Büdget-Kommission des Reichstages und dem preußischen Staatsministerium ausgebrochen ist, haben wir am Sonnabend berichtet. Es war bekanntlich zur Sprache gebracht worden, daß den sogenannten Reichs-Invaliden, also denjenigen alten Soldaten von 1870/71 und 1866, welche gebrechlich und hülfsbedürftig geworden sind, ohne einen direkten Zusammenhang zwischen ihrer Erwerbsunfähigkeit und den Feldzugs-Strapazen nachweisen zu können, nicht in vollem Umfange Dasjenige zu Theil wird, was ihnen gesetzlich bewilligt ist. Seit einem Gesetze von 1895 ist auch diesen eine jährliche Pension von M. 120 aus dem Reichsinvaliden-Fonds bewilligt. Diese Pension ist aber nur an einen Theil derjenigen Invaliden ausgezahlt worden, welche das Gesetz im Auge hatte, an einen anderen Theil nicht; als Ursache in letzteren Fällen wurde stets die „Erschöpfung des zur Verfügung stehenden Fonds" angegeben. Im diesjährigen Etat ist für diesen Zweck unter dem Titel „zur Gewährung von Beihülfen für hülfsbedürftige Kriegstheilnehmer" die Summe von M. 1 800 000 angefordert. Sollen alle Kriegstheilnehmer bedacht werden, welche den vom Gesetz anerkannten Anspruch haben, so sind M. 2 760 000 nöthig. Die Kommission faßte den Beschluß, eine Summe in dieser Höhe in den Etat einzustellen. Das war am Morgen des Dienstags voriger Woche.

Schon um 3 Uhr an demselben Tage fand eine Staats-Ministerial-Sitzung statt, in welcher der Kaiser erschien und den Vorsitz übernahm. Am Donnerstag war die „Nat.-Ztg." in der Lage, zu melden, daß in dieser Sitzung der Beschluß der Büdgetkommission zur Sprache gekommen war und „für staatsrechtlich unzulässig" erklärt worden sei. „Die Mitglieder des Staatsministeriums," so konnte die „Nat.-Ztg." hinzufügen, „sprachen sich mit großer Schärfe gegen eine solche Ueberschreitung der Befugnisse der Büdgetkommission aus, die damit auch in die Rechtsverhältnisse der Einzelstaaten übergreife."

Diese Angelegenheit wird in der Presse lebhaft erörtert. Die „Frankf. Ztg." weist die Behauptung, der Kommissionsbeschluß sei „staatsrechtlich unzulässig", als haltlos zurück:

„Die von der Kommission gefaßte Resolution fordert den Reichskanzler auf, einen anderen Vertheilungsmaßstab der Gesammtsumme unter die Einzelstaaten bei der Aufstellung des nächstjährigen Etats anzuwenden. Wo liegt hier denn der Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten? Die Resolution verlangt doch gar keine Regelung ohne Befragung und Zustimmung der Einzelstaaten, sondern eine Regelung innerhalb des Reichshaushaltsetats, an dessen Feststellung die Einzelstaaten mitbetheiligt sind. Also auch hier hat man offene Thüren eingestoßen. Oder soll der Reichstag nicht einmal mehr berechtigt sein, Resolutionen auf Gesetzesänderungen zu fassen? Wenn von nationalliberaler Seite der auf Betreiben des Herrn v. Miquel gefaßte Beschluß des Staatsministeriums dahin ausgelegt wird, daß damit der Absicht, den Etat nach dem freien Belieben des Zentrums zu gestalten, entgegengetreten werden sollte, so muß diese Motivirung schon um deswillen einigermaßen komisch wirken, weil die verpönte Resolution, wie die „Freis. Ztg." feststellt, gar nicht vom Zentrum, sondern vom nationalliberalen Abg. Dr. Hammacher herrührt. Aber Herr v. Miquel in seinem Zorn kennt die eigenen Freunde nicht mehr. Man sieht an diesem Vorgang wieder einmal, wie außerordentlich empfindlich die Regierungen gegen jede etwas selbstständigere Regung des Reichstages sind, dem es der preußische Finanzminister immer noch nicht verziehen hat, daß er durch bessere Beurtheilung der Finanzentwicklung die Steuerpläne der Regierung vereitelt hat."

Die nationalliberale Presse hat die Unverschämtheit, völlig die Thatsache zu ignoriren, daß die Resolution nationalliberalen Ursprungs ist, und daß sämmtliche nationalliberale Kommissionsmitglieder dafür gestimmt haben. Statt dessen zitirt diese Presse das klerikale Gespenst. Und das Alles, weil der soeben mit dem schwarzen Adlerorden dekorirte Herr v. Miquel der Ansicht ist, „die Wirthschaft, wie sie jetzt im Reichstage getrieben werde, sei nicht mehr Sache eines deutschen Reichstages; sie führe zum Konvent".

Die ultramontane „Köln. Volksztg." meint: „Wenn Herr v. Miquel das Bedürfniß haben sollte, für alle Fälle schon jetzt etwas Konfliktstoff zu sammeln, so nur voran! Es giebt keine günstigere Gelegenheit, als diese, und eine solche kommt niemals wieder! Der Reichstag und der Bundesrath haben gesetzlich den Invaliden der großen Kriege einen Rechtsanspruch gegeben; die Regierung hat bisher diesen Invaliden gegenüber ihre Pflicht, jenes Gesetz auszuführen, nur höchst mangelhaft erfüllt; der Reichstag bewilligt nun die Gelder, damit die Regierung ihrer Pflicht fortan in vollem Umfange nachkommen kann — und Herr v. Miquel schreit darüber Zeter und Mordio! Der Reichstag ist ein „Convent" und das Deutsche Reich muß vor diesem geschützt werden! Herr v. Miquel nimmt für sich das „Recht" in Anspruch, die Gelder auch in Zukunft den Invaliden zum großen Theil vorzuenthalten, und wenn man ihm dieses Recht bestreitet, dann „hört jede Leitung der Finanzen auf", dann giebt's finanzielles Chaos, unmögliche Zustände, Umsturz, und, was weiß ich Alles! Fürwahr, eine bessere Gelegenheit zum Konflikt kommt so bald nicht wieder! Reichstags-Auflösung mit der Parole: „Den Invaliden keinen Pfennig mehr, wie bisher, trotz des Gesetzes! Weg mit diesem Reichstage, der nicht mit dem theoretischen Rechte der Invaliden im Reichsgesetzblatt sich begnügt, sondern die ruchlose Verwegenheit besitzt, ihnen auch praktisch zu ihrem Rechte verhelfen zu wollen!" Kein Mensch von „diesem" Reichstage kommt dann wieder; nur Leute werden gewählt, welche den Invaliden keinen Pfennig mehr geben, als Herr v. Miquel gestattet, und die Invaliden werden die besten Wahlwühler des Herrn v. Miquel sein. Das kann dann hübsch werden; wir sind aber dabei. Will Herr v. Miquel ein Tänzlein wagen, so soll er's nur sagen; wir spielen ihm auf."

Ein Gesetzentwurf über die bessere Versorgung der Wittwen und Waisen der Beamten soll nach offiziöser Mittheilung dem preußischen Abgeordnetenhause noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung vorgelegt werden. Die „Berl. Pol. N." führen dazu aus:

„Die jetzige Ordnung der Sache ist die, daß die Wittwenpension einen bestimmten Bruchtheil desjenigen Ruhegehalts bildet, das der Beamte verdient hat und verdient haben würde, wenn er statt dem Tode der Pensionirung verfallen wäre; diese Regel wird aber durch Festsetzung eines Mindest- und Höchstgehalts der Wittwenpension durchbrochen. Nach dem Gesetze vom 20. Mai 1882 beträgt das Wittwengeld ein Drittel der Pension, im Mindestbetrage M. 160, im Höchstbetrage M. 1600, und das Waisengeld ein Fünftel, bei Doppelwaisen ein Drittel des Wittwengeldes. An diesem System zu ändern wird nicht beabsichtigt, es hat sich, abgesehen von der Höhe der Sätze, durchaus bewährt. Die Verbesserung der Wittwenversorgung soll vielmehr dadurch erreicht werden, daß nicht nur das Verhältniß des Wittwengeldes zur Pension günstiger gestaltet, sondern auch der Mindest- und Höchstbetrag erheblich erhöht wird. Da das Waisengeld einen Bruchtheil des Wittwengeldes bildet, zieht dessen Erhöhung die der Waisengelder von selbst nach sich."

Sein oder Nichtsein, das ist für den Liberalismus in Deutschland schon längst die Frage. Die „Voss. Ztg." versichert, daß in weiten Kreisen des deutschen Bürgerthums sich immer stärker die Ueberzeugung geltend mache, daß die nächsten Reichstagswahlen diese Frage entscheiden werden. Das liberale Blatt bemerkt dazu:

„Nicht auf einige Mandate mehr oder weniger kommt es an. Vermag die Linke im Jahre 1898 nicht einen entscheidenden Sieg über das Agrarierthum zu erringen, so geht die Nation unaufhaltsam einer junkerlichen Reaktion entgegen, wie sie seit den Tagen der Manteuffel und Westphalen nicht wiedergekehrt ist."

Die „Voss. Ztg." verschweigt, daß der Liberalismus, ganz besonders der Nationalliberalismus, zum guten Theil für das Aufkommen junkerlicher Reaktion mit verantwortlich ist.

Jetzt soll der „Zusammenschluß aller liberalen Wähler" ernsthaft betrieben werden. Der „Fortschrittliche Verein der Potsdamer Vorstadt" (Berlin) hat in der Reichshauptstadt ein Flugblatt verbreiten lassen, in welchem es heißt:

„Die ernste Lage unserer inneren Politik, namentlich der immer heftiger werdende agrarische, reaktionäre Ansturm gegen das bürgerliche Erwerbsleben, nöthigt das deutsche Bürgerthum, sich und seine innersten Lebensinteressen mit Nachdruck zu vertheidigen. . . . Nur ein kleiner Theil des Bürgerthums hat den Kampf für die Volksrechte, für die Freiheit des Einzelnen noch aufrecht erhalten. Viele und nicht die Schlechtesten stehen unthätig abseits, sei es, weil sie am Erfolg verzweifeln, sei es, weil sie sich nicht entschließen können, sich einer bestimmten Fraktion anzuschließen. Eine Besserung der so trübseligen Verhältnisse ist nur möglich, wenn ein enger Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente erfolgt."

Um eine „Klärung" der gegenwärtigen Parteiverhältnisse mit Rücksicht auf den bevorstehenden Reichstagswahlkampf herbeizuführen, hat der geschäftsführende Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen in Uebereinstimmung mit den Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses folgende Erklärung beschlossen:

„Ein Zusammenwirken der liberalen Wähler bei den im Jahre 1898 bevorstehenden Reichstagswahlen und eine rechtzeitige Verständigung über die aufzustellenden Kandidaten ist Angesichts der Gefahr, mit welcher die extrem-agrarische Agitation unser öffentliches Leben bedroht, ein dringendes Gebot."

Der geschäftsführende Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen hat in Ausführung dieser Erklärung zunächst an den geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in welchem es heißt: „Der unterzeichnete geschäftsführende Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) ist bereit, seinen Gesinnungsgenossen im Reiche zu empfehlen, in den zur Zeit durch Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei vertretenen Wahlkreisen eine Verständigung über die bei den bevorstehenden Reichstagswahlen aufzustellenden Kandidaten auf der Grundlage der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Fraktionsbesitzstandes herbeizuführen und richtet die ergebene Anfrage an den geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei, ob derselbe gewillt ist, seinen Parteigenossen das gleiche Vorgehen gegenüber der Freisinnigen Vereinigung in den Wahlkreisen zu empfehlen, die zur Zeit im Reichstage durch Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung vertreten sind. Im Fall einer bejahenden Antwort wird sich der unterzeichnete Ausschuß gestatten, betreffs anderer Wahlkreise, die gegenwärtig nicht durch Freisinnige vertreten sind, Vorschläge zu unterbreiten."

Die Berliner „Volks-Zeitung" meint, praktisch habe die Sache ihren Haken. „Schon jetzt zeigt sich, daß es zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung zu heftigen Kämpfen um den „Besitzstand" kommen werde, der bekanntlich nach der Taktik der Freisinnigen Vereinigung für etwaige Wahlabmachungen ausschlaggebend sein soll. Solche Kämpfe stehen in sicherer Aussicht in den Wahlkreisen Hirschberg, Glogau, Rostock; andere Wahlkreise, in denen der „Besitzstand" von der einen Seite behauptet, von der anderen Seite bestritten wird, werden folgen. Diese nüchterne praktische Seite der Frage ist von den Enthusiasten der Einigkeit gar nicht gestreift worden."

Das deutsche Zuckersyndikat, ein Ring gemeingefährlichster Art, ist am Sonnabend in Berlin von 151 Zuckerfabriken-Vertretern gegründet worden. Der Ring ist eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht". Zum Vorsitzenden des Aufsichtsraths wurde der bekannte Agrarier, Vorsitzender der Landwirthschaftskammer der Provinz Brandenburg, v. Arnim-Güterberg, gewählt. Zugleich beschloß der Ausschuß des Vereins der Rohzuckerfabrikanten, eine Novelle zum Zuckersteuergesetz beim Reichstag zu beantragen, durch welche den Zuckerfabriken die bisherige Kontingentirung als ein dingliches Recht gewährt wird, so daß das Kontingent auch dann keine Verminderung erfährt, wenn die Jahresproduktion hinter dem Kontingent zurückbleibt.

Die Zuckerprämienwirthschaft. Die Verhandlungen in der französischen Deputirtenkammer über die Zuckerprämien erfüllen begreiflicherweise Alle, die sich zu der Urheberschaft des deutschen Zuckersteuergesetzes bekennen müssen, mit Unbehagen und mit Besorgniß. Das in Frankreich geplante Vorgehen ist die Antwort auf die von Deutschland und von Oesterreich-Ungarn beschlossenen Erhöhungen der Zuckerprämien. Daß unserem Zuckersteuergesetz das entsprechende Vorgehen Frankreichs folgen würde, ist bei der Berathung des Gesetzentwurfes warnend, aber erfolglos vorausgesagt worden. Jetzt, da eingetroffen ist und eintrifft, was von der Gesetzgebung zu erwarten war, ringen die Zuckerindustriellen, die das Zuckersteuergesetz einst so stürmisch verlangt haben, verzweifelt die Hände und überbieten sich in Beschlüssen und Erklärungen, daß die Zuckerindustrie durch das Gesetz keinen Nutzen, sondern nur Schaden gehabt habe, und daß es so, wie es bisher ging, nicht weiter gehen könne. Die Industriellen haben auch schon offen erklärt, daß sie auf die ganzen Prämien verzichten wollen, wenn sie nur die sonstigen mißlungenen Wohlthaten des Zuckersteuergesetzes dabei los würden. So meint auch die „Korr. d. Bundes d. Landw.":

„Grade die deutsche Zuckerindustrie müßte von einer allgemeinen Abschaffung der Exportprämien den größten Nutzen haben, und prinzipiell wären wir durchaus dafür; dieselbe ist aber nur auf dem Wege internationaler Vereinbarungen zu erreichen. Wenn diese jetzt bis in's Ungewisse aufgeschoben scheinen, kann man aber keineswegs (?) der deutschen Gesetzgebung die Schuld beimessen. Die Erhöhung unserer Ausfuhrvergütungen auf M. 2,50 pro 100 Kg. (statt der im Entwurf geforderten M. 4,—) bildete kein Aggressivmittel in dem Wettkampf auf dem Weltzuckermarkt, sondern wurde nur als Defensivmaßregel beschlossen, um unsere deutsche Zuckerindustrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten."

Grade so sagen das die Franzosen auch, nur mit etwas anderen Worten. Auch die französische Regierung erklärt, daß Frankreich sich in der Defensive befinde und daß sein Vorgehen nur eine Abwehrmaßregel sei. Aber die Franzosen können sich mit Fug und Recht darauf berufen, daß das Prämiensystem in Deutschland zuerst zur Entwicklung und zur Blüthe gelangt ist.

„Das unglückselige Prämiensystem" — bemerkt die „Voss. Ztg." — „hat es zu Wege gebracht, daß die Selbstständigkeit der Zuckerindustrie erschlafft ist, daß sie an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt hat, und daß endlich der deutsche Verbraucher dauernd die Kosten dieses Krieges zahlt, der noch keinen Sieg eingebracht hat und dessen Ende unabsehbar ist. Sollten, wie es den Anschein hat, die vor einiger Zeit angebahnten internationalen Verhandlungen scheitern, so würde sich die Lage der Zuckerindustrie und nicht nur der Deutschlands zweifellos noch weiter verschlimmern; aber die Industrie muß sich füglich sagen, daß sie an ihrem Unglück selbst schuld ist."

Eine Enquete über die Wirkungen des Maximal-Arbeitstages im Berliner Bäckergewerbe ist von der dortigen Organisation der Bäckergesellen veranstaltet worden. Während die kürzlich veröffentlichte Statistik der Innung über denselben Gegenstand 230 Betriebe aufführt, in denen der Maximalarbeitstag innegehalten wurde, haben die Gesellen 131 Bäckereien bezeichnet, die den bundesräthlichen Vorschriften genügen. Von 900 ausgegebenen Fragebogen wurden 375 zurückgeliefert. Neben den obengenannten 131 Meistern, die sich nach den Vorschriften richteten, sind 184 Meister mit dem Maximalarbeitstag nicht ausgekommen. Die Frage, ob der Maximalarbeitstag den Arbeitern Vortheil gebracht hat, wird auffallender Weise von der Mehrheit der Befragten verneint. Die Gesellen beschuldigen die Meister, daß sie ihnen die Vortheile der Verkürzung der Arbeitszeit vorenthielten. In 11 Betrieben soll die vorgeschriebene Kalendertafel gefehlt haben, in 129 soll ihre Durchlochung trotz der Ueberzeitarbeit unterblieben sein. In Bezug auf die Lehrlinge soll die vorgeschriebene Arbeitszeit in 119 Fällen innegehalten sein. 42 Bäckermeister sollen die Lehrlinge 13—15 Stunden, 35 14—15 Stunden, 14 16—17 Stunden und 10 Meister von Nachts 2 Uhr bis Abends 7 Uhr ohne Pause arbeiten lassen. Von 302 Schlafräumen liegen 114 im Keller. Man bezeichnet diese vielfach als ungenügend, gesundheitsschädlich und dergleichen. Der Lohnsatz der Gesellen beträgt bei halber Kost M. 5 bis M. 25 pro Woche, bei ganzer Kost zwischen M. 6 bis M. 19. In Berlin sollen regelmäßig za. 2000 Bäckergesellen auch nach Einführung des Maximalarbeitstages arbeitslos sein.

Die Wissenschaft im Klassenstaate ist nicht so frei, wie man es in Festreden oft darzustellen beliebt. Sobald einmal von sozialistischer Seite behauptet wird, daß auch in den Universitäten alle Mängel des Klassenstaates zum Vorschein kommen, erheben die liberalen und anderen Blätter der herrschenden Klassen ein wüthendes Geschrei; aber es giebt Augenblicke, in denen die Betheiligten offen mit der Sprache herausrücken. In der „Kreuzzeitung" ergreift ein außerordentlicher Professor das Wort zur Regelung der Professorengehälter und schreibt u. A.:

Wenn nun aber ein Ordinariat frei wird, dann gelten für das Aufrücken bekanntlich nicht etwa Anciennetätsrücksichten, sondern da spielen für die Auswahl dessen, der nun dieses Ordinariat erhalten soll, abgesehen von dem Unterschiede wirklicher Tüchtigkeit (der überdies gar nicht so leicht immer klar zu fassen ist), eine Menge anderer Umstände eine Rolle: Beziehungen zu einflußreichen Persönlichkeiten, Zugehörigkeit zu jeweils einflußreichen Richtungen, das Interesse der als Rathgeber gefragten Herren für ihre Schüler, wissenschaftliche Freunde u. s. w. — eine Menge mehr oder minder der Zufälligkeit unterliegenden Umstände, wobei notorisch gar mancherlei Menschlichkeiten unterlaufen. So entstehen thatsächlich die allergrößten Ungleichheiten des Vorwärtskommens der Einzelnen. Hier gelangt ein ganz junger Mann, selbst ohne nun immer ein ganz besonderes Licht zu sein, schnell in ein Ordinariat, dort kann ein Anderer, der ganz wohl das Seinige ebenfalls leistet, 15—20 oder mehr Jahre als Extraordinarius sitzen und nicht wenige Extraordinarien gelangen niemals zum Ordinariat.

Die unterlaufenden „mancherlei Menschlichkeiten" sind aber in der Klassenzugehörigkeit der maßgebenden Personen begründet, und nur Dem gelingt es, schnell vorwärts zu kommen, der den Anforderungen der einflußreichen Persönlichkeiten entspricht. Da legt man dann oft genug dem selbstständigen Denker so viel Schwierigkeiten in den Weg, daß nicht selten die größten Genies zu Grunde gehen.

„Nur der Irrthum ist das Leben und das Wissen ist der Tod." So läßt Schiller die Unglücksprophetin Kassandra sagen. Diese Kassandraweisheit wird von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung" auf die Volksbildung angewandt. Das Blatt läßt sich in einem längeren Herzenserguß über die „Bildung" aus, und es betrachtet diese vom agrarischen Standpunkt aus. Es giebt nämlich, so stellt das Blatt mit Schmerz fest, „noch eine erkleckliche Anzahl wohlmeinender Männer, die für unser Volk alles Heil von der Bildung, von der Stillung seines angeblichen Bildungshungers, von der Mehrung seiner Kenntnisse, von seiner sogenannten Theilnahme an den sogenannten Errungenschaften der Wissenschaft erwarten". Die Agrarier gehören zu diesen Leuten nicht; ihr Standpunkt ist folgender:

„Thut denn solche sogenannte Bildung unserem Volke wirklich noth? Und erreicht sie thatsächlich das, was man von ihr erhofft? Wir glauben, beide Fragen mit einem runden Nein beantworten zu können. Die heutige Jugend ist bekanntlich viel „gebildeter" als die Jugend früherer Jahrzehnte. Ist sie dadurch brauchbarer geworden? Nicht im Geringsten! Alle Erfahrungen bekunden das Gegentheil. Es wird fast allenthalben über abnehmende Anstelligkeit der Lehrlinge, über Abstumpfung des Verständnisses geklagt."

Da sieht man also die verderbliche Wirkung der Bildung. Das Allerschlimmste aber ist die Großstadtbildung.

„Man vergleiche weiter die Großstadtbildung mit der Bauernbildung! Der Großstädter lernt mehr und wird findiger; der Bauer lernt wenig und bleibt innerhalb der Schranken seines Gesichtskreises. Wer ist nun in Wahrheit gebildeter? Das großstädtische Volk spricht schnoddrig und naseweis über Alles, aber es spricht ungeheuer selten etwas Eigenes; es plappert nach. Entweder redet es Leitartikel oder Gemeinplätze oder Gassenhauer in Prosa. Der Bauer mag unbeholfener sprechen, er spricht aber selbst, — Eigengedachtes und Eigenempfundenes."

Heute wird überhaupt viel zu viel gelernt. „In den alten, einfacheren Schulen pflegten die Kinder wenig mehr zu lernen als Religion, Rechnen, Schreiben und Lesen." Aber wenn die Bildung ein so furchtbares Uebel ist, sind dann auch nicht die Anfänge der Bildung schädlich? Erzittre vor dem ersten Schritte! Wozu denn das Rechnen, Schreiben und Lesen? Da ist der Gesinnungsgenosse der Agrarier im „Zigeunerbaron" doch folgerichtiger. Sein „Ideal und Lebenszweck ist Borstenvieh und Schweinespeck". Und er erklärt frei und offen: „Ja, das Schreiben und das Lesen ist mir stets fatal gewesen."

Im Meininger Ländchen ist jetzt, wie dem „Vorwärts" berichtet wird, die Bewegung gegen den seitens der Regierung eingebrachten Gemeinderechts-Gesetzentwurf im besten Zuge. Besonders rührig ist, neben unseren Parteigenossen, die freisinnige Partei im Kreise Sonneberg, von wo aus nicht nur der liberale Wahlverein, sondern auch der Gemeinderath einen recht energischen Protest gegen den reaktionären Gesetzentwurf an den Landtag sandte. Ebenso rührten sich bisher die Freisinnigen in Salzungen; der „Salzunger Anzeiger" brachte zur rechten Zeit eine Reminiszenz, wonach dem Gemeinderechtsgesetze von 1840 die Einleitung vorgedruckt war, daß die Regierung wünsche, daß sowohl die Gesammtheit der Bürger sich an den Gemeindegeschäften betheilige und den einzelnen Gemeinden mehr Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit gegeben werde. Allgemein ist der Schlußrefrain sowohl der mündlichen als schriftlichen Agitation gegen den Gesetzentwurf, daß man der „liberalen" Meininger Regierung eine solche reaktionäre That nicht zugetraut habe. Es wird jetzt unumwunden zugegeben, daß die an den Besitz sich knüpfende Mehrstimmenwahl gegen die Sozialdemokratie sich richte; man hat dabei aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn während man in der That in den Städten die Sozialdemokratie auf Grund der beabsichtigten Wahlmethode gänzlich aus den Gemeindevertretungen erhalten wurde, zeigt sich für das platte Land und speziell für die ärmeren Gebirgsdörfer das grade Gegentheil. Dort kommen die großen Einkommen, welche zur Abgabe von 15 bis 20 Stimmen berechtigen, nur vereinzelt vor, während das Proletariat bedeutend überwiegt; hier würde die künftige Leichtigkeit, „Nachbar" oder Bürger werden zu können, die damit verbundene neu einzuführende Mehrstimmenwahl vollständig paralysiren. Das Ungerechte der Mehrstimmenwahl wird be-